



M I T E I N A N D E R



F Ü R E I N A N D E R

ZIVILGESELLSCHAFT IN NORDRHEIN-WESTFALEN

Matthias Freise | Andrea Walter

Inhalt

Vorwort	5
1 Den Pudding an die Wand nageln: <i>Wer oder was ist Zivilgesellschaft?</i>	7
2 Vom Nachtwächterstaat in die Postmoderne: <i>Zivilgesellschaftliche Traditionen in Nordrhein-Westfalen</i>	27
3 Die Infrastruktur der Zivilgesellschaft: <i>Vereine, Stiftungen, gGmbHs und Genossenschaften</i>	51
4 Menschen helfen, das Leben vor Ort mitgestalten: <i>Bürgerschaftliches Engagement</i>	69
5 Spenden und Stiften für die gute Sache: <i>Philanthropie im Wandel</i>	91
6 Missstände aufzeigen und sozialen Wandel befördern: <i>Protest und soziale Bewegungen</i>	111
7 Gemeinschaft bilden, Solidarität stiften: <i>Die integrierende Rolle der Zivilgesellschaft</i>	131
8 Interessen vertreten: <i>Zivilgesellschaft als Mittlerin zur Politik</i>	147
9 Hand in Hand: <i>Zivilgesellschaft und Wohlfahrtsstaat in Nordrhein-Westfalen</i> .	171
10 Unter Druck: <i>Wie zivilgesellschaftliche Handlungsspielräume schrumpfen</i>	193
11 Die dunklen Facetten der Zivilgesell- schaft: <i>Gefahr für die Demokratie?</i>	215
Ausblick: <i>Wohin steuert die Zivilgesellschaft in Nordrhein-Westfalen?</i>	231
Anmerkungen	239
Abbildungsnachweis	248

ZIVILGESELLSCHAFT
IN NORDRHEIN-WESTFALEN

Matthias Freise | Andrea Walter

MITEINANDER | FÜREINANDER
ZIVILGESELLSCHAFT
IN NORDRHEIN-WESTFALEN

© 2021 Aschendorff Verlag GmbH & Co. KG, Münster

www.aschendorff-buchverlag.de

www.politische-bildung.nrw.de

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdrucks, der Entnahme von Abbildungen, der Funksendung, der Wiedergabe auf foto-mechanischem oder ähnlichem Wege und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Die Vergütungsansprüche des § 54 UrhG Abs. 1 werden durch die Verwertungsgesellschaft Wort wahrgenommen.

Layout, Satz und Einbandgestaltung: Aschendorff Verlag / jk

Printed in Germany

ISBN 978-3-402-24668-9

Vorwort

In diesem Jahr 2021 blickt Nordrhein-Westfalen auf eine 75-jährige Landesgeschichte zurück. Seine Entwicklung als bevölkerungsreichstes Land in einem föderalen, demokratischen und freiheitlichen Rechtsstaat wäre ohne die zeitgleiche Entwicklung einer lebendigen Zivilgesellschaft nicht denkbar.

Ich bin den Autoren dieses Buches dankbar für ihre Zielsetzung, die Zivilgesellschaft in unserem Land überblickend darzustellen und Möglichkeiten für persönliches Engagement aufzuzeigen.

Die Lektüre macht deutlich: Unsere Zivilgesellschaft ist so facettenreich wie Nordrhein-Westfalen selbst. Unser Land wäre sicherlich ein anderes ohne die vielfältigen Beiträge und Rollen der Zivilgesellschaft, unter anderem als Integrationsmotor und Grundlage für die Bildung kultureller Identität, als Mitgestalterin der Demokratie vor Ort und als Wegbereiterin sozialer Innovationen.

Ob in Verbänden und Vereinen, gemeinnützigen Gesellschaften, Gewerkschaften und Genossenschaften, sozialen Bewegungen und in den Kirchen: In allen diesen und vielen weiteren Kontexten setzen sich Menschen miteinander und füreinander ein.

Dieses Engagement bedeutet immer auch, sich persönlich mit den Werten eines friedlichen, respektvollen und toleranterfüllten Zusammenlebens zu identifizieren. Zivilgesellschaft bildet das Fundament für unsere Demokratie, die wir alle als Bürgerinnen und Bürger Nordrhein-Westfalens seit 75 Jahren mitgestalten.

Aufgabe von Politik muss es sein, die Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für zivilgesellschaftliches Engagement zu schaffen und zu schützen. Davon zeugt der kontinuierliche Austausch zwischen den politisch Entscheidenden und den Akteurinnen und Akteuren der Zivilgesellschaft, wie er sich auch im Landtag Nordrhein-Westfalen vollzieht.

Dieser Austausch ist in einer Krisenzeit, wie wir alle sie aktuell durchleben, notwendiger denn je. Die Corona-Pandemie mutet uns allen vieles zu, doch hoffnungsvoll stimmen die vielen positiven Beispiele von Menschen, die sich auch unter den erschwerten Bedingungen weiterhin für andere einsetzen und oft über die eigenen Belastungsgrenzen hinaus Hilfe im Alltag leisten. Für ihren Einsatz haben sie meine größtmögliche Anerkennung und Unterstützung.

Auch aktuelle Herausforderungen durch schwindende Handlungsspielräume und besorgniserregende Entwicklungen wie das Erstarken einer antidemokratischen Zivilgesellschaft werden im Buch nicht ausgespart. Politik muss auch diese Felder im Blick behalten, wirksame Gegenmaßnahmen entwickeln und unterstützen.

Die vorliegende Publikation ist ein beeindruckendes Kaleidoskop des bürgerschaftlichen Engagements. Sie zeigt: Unser Land kann sehr stolz auf seine Zivilgesellschaft sein. Das gilt für die zurückliegenden 75 Jahre und ebenso für eine gute Zukunft Nordrhein-Westfalens.

André Kuper
Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen





1

Den Pudding an die Wand nageln: Wer oder was ist Zivilgesellschaft?

Kapitelüberblick

Der Begriff Zivilgesellschaft kann auf drei Arten verstanden werden: (1) Er beschreibt ein bestimmtes demokratisches Verhalten der Bürgerinnen und Bürger, die sich engagieren und ihre Konflikte gemäßigt austragen. (2) Zivilgesellschaft ist außerdem eine Sphäre zwischen Staat, Markt und Privatheit, in dem sich viele Organisationen bewegen. (3) Und schließlich ist Zivilgesellschaft eine demokratische Utopie. Das Kapitel zeichnet einen Überblick über diese Zugänge zum Zivilgesellschaftsbegriff und illustriert sie anhand von Beispielen aus Nordrhein-Westfalen.

1. EINLEITUNG

In diesem einführenden Kapitel soll ein Pudding an die Wand genagelt werden, was nachvollziehbarerweise eine knifflige Herausforderung ist: Denn genau wie die Süßspeise ist Zivilgesellschaft ein wackeliger Begriff, den zwar viele schätzen, der sich aber kaum richtig festmachen lässt. Das liegt daran, dass Zivilgesellschaft, ähnlich wie der ihr verwandte Demokratiebegriff, heute in ganz unterschiedlichen Zusammenhängen verwendet wird und in diesen Zusammenhängen teilweise recht verschiedene Dinge meint. Es gibt somit nicht *die eine* Definition von Zivilgesellschaft in Nordrhein-Westfalen, die wir diesem Buch zugrunde legen könnten, sondern gleich mehrere, die wir hier vorstellen und diskutieren möchten.

Zivilgesellschaft war über Jahrhunderte hinweg als Konzept in der politischen Philosophie und den Sozialwissenschaften gebräuchlich und kann dort auf eine lange Begriffsgeschichte zurückblicken, die bereits in der Antike ihre Ursprünge hat.¹ Schon Aristoteles sprach von einer Zivilgesellschaft und meinte damit eine politische Gemeinschaft freier (männlicher) Bürger. Große Beachtung fand die Zivilgesellschaft außerhalb der Wissenschaften jedoch lange Zeit nicht. Das änderte sich erst in den 1970er Jahren, als der Begriff seine Prägung erfuhr, die wir heute kennen. Damals entwickelten sich Protestbewegungen gegen die autoritären Regime in den sozialistischen Ostblockstaaten und in Lateinamerika, die schließlich in der politischen Zeitenwende 1989/90 gipfelten.

Zivilgesellschaft in nicht-demokratischen Staaten

Als Zivilgesellschaft wurden die Bürgerinnen und Bürger bezeichnet, die sich öffentlich gegen ihre Unterdrückung wehrten und für eine Demokratisierung ihrer Länder und die Gewährung von Freiheitsrechten eintraten. Friedliche Demonstrationen und Protestkundgebungen wurden hier genauso zur Zivilgesellschaft gezählt wie eine Vielzahl von formellen und informellen Vereinigungen, in denen sich die Menschen für den demokratischen Wandel einsetzten, darunter beispielsweise Umweltgruppen, Autorenzirkel oder Kirchenkreise. Gemeinsam war ihnen, dass sie gegen einen nicht-demokratischen Staat aufbegehren und von diesem teilweise brutal bekämpft wurden.

Was ist ein Staat?

Der Staat ist eine Herrschaftseinrichtung, die sich aus verschiedenen Institutionen zusammensetzt. Er verfolgt das Ziel, allgemeinverbindliche Entscheidungen und Regelungen für ein spezielles Gebiet und die dort lebende Bevölkerung zu treffen. Dazu gliedert er sich in Institutionen der Legislative (die gesetzgebende Gewalt, das Parlament), der Judikative (die rechtsprechende Gewalt, die Gerichte) und der Exekutive (die vollziehende Gewalt). Neben der Regierung gehören Verwaltung und Polizei zur Exekutive. Ihre Aufgabe ist es, Recht umzusetzen. Dazu stehen ihr auch Sanktionsinstrumente zur Verfügung. Der Polizei ist es sogar möglich, Gewalt anzuwenden, um Regelungen durchzusetzen.

In Deutschland waren die Montagsdemonstrationen 1989/90 in Leipzig und später auch in anderen Städten der DDR wichtige Bestandteile der friedlichen Revolution gegen den undemokratischen Staat. Zivilgesellschaft und Staat ließen sich hier eindeutig voneinander abgrenzen, denn die Zivilgesellschaft strebte einen anderen, demokratischen Staat an. Auch heute noch verstehen wir in autoritären Ländern wie China oder Russland unter Zivilgesellschaft denjenigen Teil der Gesellschaft, der sich gegen die Regierung wendet und eine Veränderung der staatlichen Herrschaftsstrukturen zugunsten von mehr demokratischer Mitbestimmung erreichen möchte. Zwar gibt es auch in diesen Staaten weitere zivilgesellschaftliche Organisationen (z.B. Sportvereine oder Jugendorganisationen), sie werden aber von staatlicher Seite streng kontrolliert und können deshalb demokratische Funktionen nur eingeschränkt wahrnehmen und sind weitgehend unpolitisch.



Die Montagsdemonstrationen 1989 in Leipzig waren Teil des Aufbegehrens der ostdeutschen Zivilgesellschaft gegen das sozialistische Regime. Hier standen sich der autoritäre Staat und die Zivilgesellschaft eindeutig gegenüber. In demokratischen Staaten ist diese Trennung weit weniger eindeutig.

Was ist Zivilgesellschaft in einer Demokratie?

In Demokratien lässt sich der Begriff hingegen weitaus schwieriger fassen als in Diktaturen. In demokratischen Gesellschaften, wie wir sie heute in Nordrhein-Westfalen vorfinden, wird nämlich deutlich, dass Zivilgesellschaft zwar auch gelegentlich als Widersacherin des Staates in Erscheinung tritt, etwa wenn junge Menschen gegen Atommülltransporte nach Gronau protestieren wie auf dem Einstiegsfoto dieses Kapitels. Dennoch stehen Zivilgesellschaft und Staat in Demokratien in einem engen Verhältnis der Zusammenarbeit und der Widerstand gegen den Staat ist damit nur eine von mehreren Komponenten, die Zivilgesellschaft ausmachen.

Ein Blick in die Tagespresse unterstreicht dies: „Ministerpräsident Armin Laschet würdigte Vertreter der Zivilgesellschaft für ihre Europaaktivitäten“, heißt es da. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einer Tafel im Ruhrgebiet, die sich um die Verteilung von Lebensmitteln an Bedürftige kümmern, bezeichnen sich selbstbewusst als „zivilgesellschaftliche Initiative, die dem überforderten Staat unter die Arme greift“ und viele staatliche Aufgaben wie die Organisation von Freiwilligen Feuerwehren oder die Durchführung von Wahlen mit zehntausenden ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern wären ohne zivilgesellschaftliches Engagement gar nicht denkbar.

Wir sehen also: Es ist kompliziert. Zivilgesellschaft ist mittlerweile ein Begriff aus der modernen Demokratietheorie, der weit verbreitet ist und für verschiedene Phänomene verwendet wird. Dabei ist er in der Regel hochgradig normativ aufgeladen. Das heißt, viele verstehen unter Zivilgesellschaft etwas in irgendeiner Form Wünschenswertes und verbinden mit ihr bestimmte demokratische Vorstellungen. Manche sehen in Zivilgesellschaft die Grundvoraussetzung des demokratischen Zusammenlebens überhaupt.²

2. DREI PERSPEKTIVEN AUF ZIVILGESELLSCHAFT

Aber wer oder was ist Zivilgesellschaft in Nordrhein-Westfalen nun genau? Der Berliner Historiker Jürgen Kocka³ hat einen Vorschlag zur Definition von Zivilgesellschaft unterbreitet, in dem er drei Begriffskomponenten unterscheidet:

- ▶ *Zivilgesellschaft als eine bestimmte demokratische Verhaltensweise*
- ▶ *Zivilgesellschaft als demokratische Utopie*
- ▶ *Zivilgesellschaft als ein gesellschaftlicher Bereich, der zwischen Staat, Markt und dem Privaten angesiedelt ist.*

Wer von Zivilgesellschaft spricht, hat immer bestimmte Aktivitäten von Bürgerinnen und Bürgern vor Augen, verbindet mit ihr bestimmte Organisationen und andere Zusammenschlüsse und hat schließlich die Vorstellung eines Staates, der unserem heutigen überlegen ist.

Mit diesem Vorschlag lässt sich der Begriff Zivilgesellschaft somit in seine Einzelteile zerlegen und er hilft uns besser zu verstehen, was sich Menschen in unterschiedlichen Zusammenhängen unter Zivilgesellschaft vorstellen.

2.1 ZIVILGESELLSCHAFT ALS DEMOKRATISCHE VERHALTENSWEISE

Versteht man Zivilgesellschaft als eine Form menschlichen Verhaltens, so ist damit zunächst im ganz wörtlichen Sinn der „zivile“ Umgang der Menschen untereinander gemeint.

Die Zivilgesellschaft ist dadurch gekennzeichnet, dass die Bürgerinnen und Bürger im öffentlichen Leben zivilisiert miteinander umgehen, das heißt gewaltfrei, grundsätzlich kompromissorientiert und mit einem Mindestmaß gegenseitigen Vertrauens. In einer Demokratie ist dieser zivile Umgang von zentraler Bedeutung, denn eine Demokratie kann nicht auf Gewalt, Hass, Missgunst und Selbstsucht aufgebaut werden, sondern braucht Menschen, die kooperieren und gemeinsam nach Lösungen für gesellschaftliche Probleme suchen.

Zivil bedeutet hier also nicht das Gegenteil von „militärisch“, sondern eher „anständig“ oder „gemäßigt“. Wer sich zivil verhält, ist in der Lage, sich in der Öffentlichkeit zu mäßigen, Konflikte nicht eskalieren zu lassen, Zorn auch einmal herunterzuschlucken, sich nicht nachtragend und rachsüchtig zu verhalten und vor allem zu akzeptieren, dass es andere Meinungen neben der eigenen gibt, die auch ihre Berechtigung haben. Hinzu kommt die Bereitschaft, sich von anderen Argumenten überzeugen zu lassen und die Meinung zu ändern, wenn das Gegenargument das bessere ist.

Freilich bedeutet Zivilgesellschaft nicht, dass sich die Bürgerinnen und Bürger nicht streiten. Ganz im Gegenteil: Konflikte sind geradezu das Wesensmerkmal der Demokratie und dürfen durchaus mit harten Bandagen ausgetragen werden. Zivilgesellschaft macht diese Konflikte möglich, denn sie verhindert, dass Auseinandersetzungen eskalieren, indem sie beispielsweise gewalttätig werden oder die Rechte von Minderheiten ignoriert werden.

Neben diesen Verhaltensweisen meint Zivilgesellschaft allerdings noch etwas mehr: In der Zivilgesellschaft legen Menschen bürgerliche Tugenden an den Tag.

olpe dialog
Weichenstellung Zukunft

© 2018 M&K Kommunikation

Bürgerversammlung

Städtebauliches Entwicklungskonzept Innenstadt der Kreisstadt Olpe

Wir informieren und bitten um Ihre aktive Mitwirkung bei der Gestaltung unserer Stadt.

**MONTAG,
19. MÄRZ 2018
19 UHR**

Aula der
Realschule Olpe

Bürgerversammlungen – wie hier in Olpe im Sauerland – sind ein Beispiel für zivilgesellschaftliche Konfliktaustragung: Bürgerinnen und Bürger haben unterschiedliche Positionen zu einem Thema, äußern ihren Unmut über Entscheidungen der lokalen Politik und streiten dabei gesittet und unter Einhaltung demokratischer Spielregeln. neueweichen.de/index.php

Was ist ein Bürger, was eine Bürgerin und was sind bürgerliche Tugenden?

Zunächst bezeichnen wir als Bürgerinnen und Bürger die Angehörigen eines Staates, die durch Geburt mit sogenannten Bürgerrechten ausgestattet sind oder diese auf andere Weise erworben haben, beispielsweise, indem sie die Staatsangehörigkeit eines Landes durch eine Prüfung annehmen. Typische Bürgerrechte, die ein demokratischer Staat verleiht, sind das Wahlrecht sowie die Rechte, sich frei im Land bewegen zu dürfen, zu demonstrieren und gegen politische Entscheidungen friedlich zu protestieren.

Darüber hinaus bezeichnet man als Bürgerinnen und Bürger aber auch Menschen, die aktiv und eigenverantwortlich am Gemeinwesen teilnehmen, indem sie die ihnen zustehenden Rechte tatsächlich wahrnehmen und dadurch das Gemeinwesen mitgestalten. Sie bleiben somit nicht passiv und lassen sich unwidersprochen von einer herrschenden Elite regieren, sondern nehmen an Wahlen teil, gehen demonstrieren, schreiben Leserbriefe an ihre Zeitung, spenden für den guten Zweck oder engagieren sich in Parteien, Vereinen, Stiftungen, Gewerkschaften und anderen Organisationen für ihre Anliegen.

Alle diese bürgerlichen Tugenden können als zivilgesellschaftliche Verhaltensweisen in demokratischen Staaten beschrieben werden. Sie werden in der deutschen Sprache bisweilen auch als Bürgergesellschaft bezeichnet. Prägend für den Begriff der Bürgergesellschaft ist heute vor allem die Vorstellung der demokratischen Teilhabe, die auf Selbstorganisation und Eigeninitiative außerhalb der staatlichen Institutionen aufbaut.⁴



Was sind bürgerliche Tugenden?

- ▶ *Zivile, friedfertige, gemäßigte Umgangsformen*
- ▶ *Achtung der Gesetze*
- ▶ *Kompromissbereitschaft*
- ▶ *Akzeptanz anderer Meinungen*
- ▶ *Mitgestaltung des Gemeinwesens, z.B. durch*
 - ▷ *Aktive und passive Teilnahme an Wahlen*
 - ▷ *Teilnahme an Demonstrationen und Protestveranstaltungen*
 - ▷ *Engagement in Parteien, Vereinen und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen*
 - ▷ *Schreiben von Leserbriefen und Online-Kommentaren*
 - ▷ *Spenden und Unterstützung zivilgesellschaftlicher Organisationen*

Wie unterstützt der Staat zivilgesellschaftliches Verhalten?

Zivilgesellschaft ist also der Teil der Gesellschaft, in dem die Bürgerinnen und Bürger gemäßigt miteinander umgehen und sich für das Wohlergehen ihrer Mitmenschen einsetzen. In einem autoritären Staat richtet sich dieses Engagement primär gegen die Regierung und zielt auf eine Überwindung der nicht-demokratischen Strukturen ab. In einer Demokratie verpflichtet sich der Staat dagegen ausdrücklich, zivilgesellschaftliche Verhaltensweisen möglich zu machen und zu unterstützen. Dazu geben sich Demokratien in der Regel eine Verfassung, die den Bürgerinnen und Bürgern einerseits Freiheitsrechte gewährt und andererseits die Macht des Staates beschränkt.

Besonders wichtige Freiheitsrechte sind das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, das es dem Staat verbietet, Menschen willkürlich zu töten oder zu misshandeln. Die Meinungs- und Demonstrationsfreiheit sind Voraussetzung dafür, dass sie ihre Interessen überhaupt öffentlich formulieren können. Das gilt auch für die Vereinigungsfreiheit und die Informations- und Pressefreiheit.



Eine vielfältige und freie Presselandschaft ist eine Grundvoraussetzung demokratischer Staaten, denn in komplexen Gesellschaften können sich die Bürgerinnen und Bürger kaum selbst über alle wichtigen Belange unterrichten.

Unter Vereinigungsfreiheit versteht man das Recht, zivilgesellschaftliche Organisationen wie etwa Vereine zu gründen und sich darin mit anderen Menschen zusammenschließen, um mit ihnen gemeinsamen Interessen nachzugehen. Informationsfreiheit meint das Recht der Bürgerinnen und Bürger, sich über das staatliche Handeln zu unterrichten, beispielsweise nachzuforschen, wofür Steuern ausgegeben werden und ob Politikerinnen und Politiker sich gesetzestreu verhalten. Dabei kommt einer freien Presse eine wichtige Rolle zu, denn in den hochkomplexen Staaten der Gegenwart ist niemand allein mehr in der Lage, sich über alle Belange selbst zu informieren. Es braucht vielmehr Zeitungen und Zeitschriften, Funk und Fernsehen und auch Online-Medien, die diese Aufgaben übernehmen. Wenn sie das sinnvoll tun sollen, dürfen sie nicht zensiert werden.

Die Freiheit von Wissenschaft und Kunst, das Recht darauf, sich in seinem Land frei bewegen zu dürfen, die Glaubensfreiheit und das Recht auf Achtung der Privatsphäre sind weitere wichtige Bedingungen, damit zivilgesellschaftliches Handeln in einer Demokratie möglich ist.

Wichtige Freiheitsrechte in Demokratien (Auswahl)

- ▶ Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit
- ▶ Allgemeine Handlungsfreiheit
- ▶ Meinungsfreiheit
- ▶ Glaubensfreiheit
- ▶ Vereinigungsfreiheit
- ▶ Demonstrationsfreiheit
- ▶ Informations- und Pressefreiheit
- ▶ Wissenschafts-, Kunst- und Berufsfreiheit
- ▶ Recht auf Freizügigkeit und Privatsphäre

Darüber hinaus sind demokratische Verfassungen heute so konstruiert, dass sich der Staat selbst Grenzen setzt, um nicht übermächtig zu werden und in ein autoritäres System abzugleiten. Wichtigste Grundlage dafür ist der Rechtsstaat. Darunter versteht man in Demokratien die Trennung und gegenseitige Kontrolle der Staatsgewalten – Exekutive, Legislative und Judikative – im Unterschied zu ihrer Konzentration wie im autoritären Staat oder ihrer Zusammenlegung wie im Totalitarismus.⁵ Außerdem macht einen Rechtsstaat aus, dass die Staatsgewalten vorrangig an die Verfassung und das Gesetz und nicht an Vorgaben einer Regierungsmehrheit gebunden sind. Somit stehen Demokratie und Rechtsstaat durchaus in einem Spannungsverhältnis, denn Demokratie bedeutet im Prinzip, dass sich die Mehrheit mit ihren Forderungen gegen Minderheiten durchsetzen kann. Der Rechtsstaat verhindert aber, dass bestimmte Grundregeln des Zusammenlebens mit Mehrheitsentscheidungen verändert werden können. Zu diesen Grundregeln gehört beispielsweise das Diskriminierungsverbot, das es dem Staat untersagt, Menschen aufgrund

bestimmter Merkmale wie Geschlecht, Hautfarbe, Religionszugehörigkeit oder Behinderung schlechter zu stellen als andere. Auch die Wiedereinführung der Todesstrafe könnte eine Mehrheit in Deutschland nicht gegen den Rechtsstaat durchsetzen und die oben aufgeführten Freiheitsrechte, die für eine demokratische Zivilgesellschaft von existentieller Bedeutung sind, können nicht oder wie in der Corona-Krise geschehen nur in absoluten Ausnahmefällen in ihrem Wesenskern eingeschränkt werden.

Zudem gilt das Übermaßverbot. Es besagt, dass der Staat bei seinen Entscheidungen Konflikte von Interessen und Freiheiten in einen Ausgleich bringen muss und nicht völlig unverhältnismäßig zulasten bestimmter Gruppen handeln darf. Schließlich können im Rechtsstaat staatliche Institutionen für ihr Handeln haftbar gemacht werden und es gibt unabhängige Gerichte, die jedem offenstehen.

Betrachten wir Zivilgesellschaft als eine bestimmte demokratische Verhaltensweise, ist offenkundig, dass bürgerliche Tugenden nur dann gelebt werden können, wenn der Staat die dazu erforderlichen Freiheitsrechte gewährt und sich in Form des Rechtsstaats selbst zurücknimmt, damit sich die Bürgerinnen und Bürger organisieren können, um für ihre Anliegen und das Gemeinwohl einzutreten. Selbstorganisation ist damit ein weiteres Merkmal zivilgesellschaftlichen Handelns.

Wie wir allerdings in verschiedenen Kapiteln dieses Buches zeigen, geht die Selbstzügelung des Staates in Deutschland und damit auch in Nordrhein-Westfalen wesentlich weiter als in anderen Demokratien. Nach dem totalitären System des Nationalsozialismus mit seinen beispiellosen Verbrechen gegen die Menschlichkeit installierten die Gründungsväter und -mütter der jungen Bundesrepublik neben den weitreichenden Grund- und Menschenrechten im Grundgesetz eine Reihe von zusätzlichen Sicherungsmechanismen, die ein erneutes Abgleiten des Landes in totalitäre Strukturen unmöglich machen sollten. In Nordrhein-Westfalen sind diese Sicherungsmechanismen besonders fest verankert.⁶

An erster Stelle steht hier das Subsidiaritätsprinzip. Dabei handelt es sich um eine Maxime, bei der die Zuständigkeit für politische Aufgaben grundsätzlich der untersten Einheit zugeordnet wird. Höhere Ebenen (z.B. die Bundesländer oder der Bund) dürfen Aufgaben erst dann an sich ziehen, wenn die unteren Ebenen damit überfordert sind. Entwickelt wurde das Subsidiaritätsprinzip ursprünglich in den 1920er Jahren in der So-




Der 1891 in Trier geborene Oswald von Nell-Breuning gilt als geistiger Vater des Subsidiaritätsprinzips in der katholischen Soziallehre. Nach seiner Promotion im westfälischen Münster 1926 wurde er Professor an der katholischen Hochschule St. Georgen in Frankfurt am Main. Nach dem Zweiten Weltkrieg war er wichtiger Berater der Politik beim Aufbau des deutschen Wohlfahrtsstaates, in dem Subsidiarität als Leitprinzip verankert ist: Die Zuständigkeit für ein Problem wird zunächst bei der kleinsten Einheit (der Familie) angesiedelt und erst, wenn diese überfordert ist, greifen die nächst höheren Ebenen unterstützend ein. Zudem führt der Staat viele personenbezogene Dienste wie Pflege oder Jugendarbeit häufig nicht selbst durch, sondern überträgt sie an Organisationen der Zivilgesellschaft wie etwa an die großen Wohlfahrtsverbände Caritas, Diakonie, Arbeiterwohlfahrt, Deutsches Rotes Kreuz und den Paritätischen Wohlfahrtsverband.

ziallehre der katholischen Kirche. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde es aber auch in die Staatsorganisation des Bundes und der Länder übernommen. So spielen hierzulande Städte und Gemeinden eine wesentlich wichtigere Rolle als in anderen Ländern, die häufig zentralisierter organisiert sind. Auf diese Weise wird verhindert, dass sich zu viel Macht in Berlin oder der Landeshauptstadt Düsseldorf konzentriert.

Für die zivilgesellschaftlichen Tätigkeiten der Bürgerinnen und Bürger ist das von großer Bedeutung, übertragen doch Städte und Gemeinden, aber auch die Bundesländer zahlreiche öffentliche Aufgaben an die Zivilgesellschaft. Einige Beispiele: Die Organisation der Feuerwehr ist in Nordrhein-Westfalen Aufgabe der Städte und Gemeinden. Eine Berufsfeuerwehr gibt es allerdings nur in 30 großen Städten des Landes. In den Kleinstädten und Dörfern ist der Brandschutz hingegen über Freiwillige Feuerwehren organisiert und sie funktionieren nur, weil sich Bürgerinnen und Bürger in ihnen ehrenamtlich engagieren.



Die Pfadfinderbewegung ist die größte Jugendbewegung der Welt. Sie begann 1907 in England und erfuhr eine rasche Ausbreitung. Deutschlandweit sind die Pfadfinder in fünf Verbänden zum Ring Deutscher Pfadfinderinnenverbände und zum Ring Deutscher Pfadfinderverbände zusammengeschlossen. Beide Ringe umfassen je einen katholischen, evangelischen, muslimischen und interkonfessionellen Pfadfinderverband. Auch in Nordrhein-Westfalen sind die Pfadfinderverbände mit etwa 50.000 engagierten Kindern und Jugendlichen in den allermeisten Städten und Gemeinden aktiv. Die Organisationen – wie hier die Deutsche Pfadfinderschaft Sankt Georg – sind ein wichtiger Baustein in der Kinder- und Jugendhilfe in NRW und beteiligen sich beispielsweise am Angebot von Jugendfreizeiten oder führen soziale Aktionen durch. Das Bild zeigt Pfadfinderinnen und Pfadfinder aus dem Diözesanverband Paderborn.  www.dpsg-paderborn.de

Auch im Sport erleben wir in NRW eine typisch subsidiäre Aufgabenteilung zwischen Zivilgesellschaft und den Kommunen. Städte und Gemeinden stellen häufig Sportanlagen wie Fußballfelder, Turnhallen und Schwimmbäder bereit. Für den Trainings- und Spielbetrieb sind jedoch die zahlreichen Vereine verantwortlich und diese bauen wiederum auf dem Engagement der Bürgerinnen und Bürger auf, die sich als Trainerinnen und Übungsleiter, als Schiedsrichterinnen und Vereinsvorstände für das Gemeinwohl einbringen und dabei bürgerliche Tugenden an den Tag legen.

Schließlich ist auch der Wohlfahrtsstaat in NRW maßgeblich durch das Subsidiaritätsprinzip geprägt. In vielen Bereichen nimmt sich der Staat selbst zurück und überträgt Aufgaben stattdessen auf Organisationen der Zivilgesellschaft. Das gilt in Nordrhein-Westfalen beispielsweise für die Kinder- und Jugendhilfe. Zwar unterhalten die Landkreise und kreisfreien Städte Jugendämter mit weitreichenden Kompetenzen. Bei der Umsetzung ihrer Arbeit kooperieren diese jedoch sehr intensiv mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, die in ihrem Kern auf dem Engagement der Bürgerinnen und Bürger aufbauen. Kitas, Kinderheime und Angebote der Erziehungshilfe werden in NRW ganz überwiegend von solchen Organisationen betrieben (⇨ Kapitel 9).

Neben dem Subsidiaritätsprinzip ist der Korporatismus ein wichtiges Prinzip der staatlichen Selbstbeschränkung in Deutschland und Nordrhein-Westfalen, das für zivilgesellschaftliches Engagement eine zentrale Rolle spielt. Korporatismus beschreibt ein Organisationsmodell, in dem der Staat große gesellschaftliche Gruppen in die politische Entscheidungsfindung einbezieht. Dabei privilegiert er besonders gut organisierte gesellschaftliche Strömungen wie etwa die beiden christlichen Kirchen, die Arbeitgeber und



Der Allgemeine Deutsche Fahrradclub (ADFC) vertritt die Interessen von über 40.000 organisierten Radfahrerinnen und Radfahrern in Nordrhein-Westfalen. Die Expertise des Verbandes wird regelmäßig von der Landesregierung bei verkehrspolitischen Projekten angefragt und der ADFC wirkt als Lobbyorganisation im Düsseldorfer Landtag, die sich für eine Stärkung des Fahrrads einsetzt, hier beispielsweise durch die Sammlung von über 200.000 Unterschriften für die Initiative Aufbruch Fahrrad, die nach einer Sternfahrt dem Parlament übergeben wurden. www.adfc-nrw.de

Gewerkschaften, aber auch die Wohlfahrtsverbände und großen Sportorganisationen. Stehen politische Entscheidungen an, werden diese Organisationen von den Parlamenten und Regierungen nach ihrer Position befragt und der Staat bemüht sich, ihre Interessen in einen Ausgleich zu bringen. Damit kommt den großen Verbänden eine wichtige Funktion im politischen Prozess zu, in den sie die Interessen ihrer Mitglieder einbringen.

Auch das Prinzip des Korporatismus ist somit maßgeblich auf zivilgesellschaftliches Handeln der Bürgerinnen und Bürger angewiesen, denn sie sind es, die sich für ihre Interessen einsetzen und in Organisationen zusammenschließen, die der Staat als Kooperationspartner in die Entscheidungsfindung einbezieht.

Zwar gibt es bereits seit Beginn der 1990er Jahre und dem weltweiten Siegeszug des Neo-Liberalismus Tendenzen, dass die beiden Leitprinzipien der Subsidiarität und des Korporatismus an Bedeutung im politischen System verlieren und zusehends durch marktregulative Steuerung ersetzt werden.⁷ Dennoch prägen sie das Zusammenleben in Deutschland und Nordrhein-Westfalen nach wie vor nicht unerheblich.

Wir können also zusammenfassen, dass Zivilgesellschaft in ihrer handlungslogischen Komponente dadurch gekennzeichnet ist, dass sich die Bürgerinnen und Bürger friedfertig und gemäßigt verhalten und dabei bestimmte Tugenden an den Tag legen, die für das Funktionieren einer Demokratie grundlegend sind. In Demokratien werden sie dabei vom Staat unterstützt, der ihnen Freiheiten einräumt und sich durch den Rechtsstaat und andere Regelungen selbst in seiner Macht beschränkt.

Aber welche demokratischen Funktionen erfüllt die Zivilgesellschaft genau?

2.2 ZIVILGESELLSCHAFT ALS DEMOKRATISCHE UTOPIE

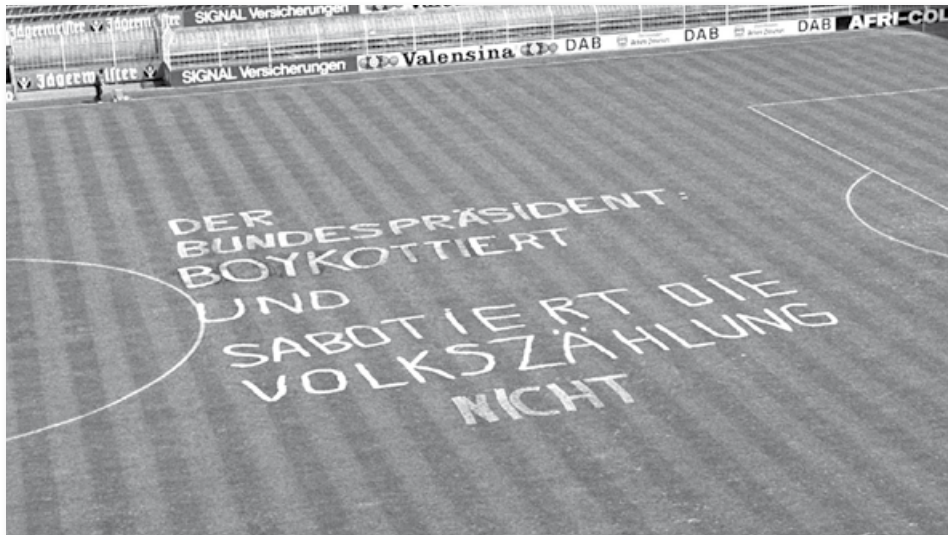
Wer von Zivilgesellschaft spricht, verbindet mit ihr in der Regel auch die Vorstellung einer demokratischeren Gesellschaft, die besser funktioniert als unser aktuelles Gesellschaftsmodell. Solche Vorstellungen bezeichnet man auch als politische Utopie. Betrachtet man die verschiedenen politischen Zusammenhänge, in denen über Zivilgesellschaft diskutiert wird, kann man feststellen, dass hierzulande sechs Funktionen besonders häufig thematisiert werden, allerdings nicht in gleichem Maße. Je nachdem, welche Vorstellung man von den Aufgaben einer Demokratie und der Rolle des Staates darin hat, wird man Zivilgesellschaft unterschiedlich ausbuchstabieren und ihr verschiedene Funktionen zuweisen. Favorisiert man beispielsweise einen schlanken Staat, der mit möglichst wenig Steuern auskommen und in seinen Aktivitäten beschränkt werden soll, wird man andere Vorstellungen von den Aufgaben der Zivilgesellschaft haben, als jemand, der sich eine umfangreiche Staatstätigkeit wünscht. Besonders häufig stößt man in der aktuellen Debatte jedoch auf diese sechs Funktionen von Zivilgesellschaft in der Demokratie, die in fast allen Beiträgen thematisiert werden:⁸

Sechs Funktionen von Zivilgesellschaft in Demokratien

- ▶ *Schutzfunktion*
- ▶ *Entlastungsfunktion*
- ▶ *Schulungsfunktion*
- ▶ *Öffentlichkeitsfunktion*
- ▶ *Innovationsfunktion*
- ▶ *Vermittlungsfunktion*

Schutz vor dem übergriffigen Staat

Eine wichtige Funktion von Zivilgesellschaft ist der Schutz vor einem zu starken Eindringen des Staates in die privaten Angelegenheiten der Bürgerinnen und Bürger. In historischer



1987 regte sich erheblicher Widerstand in der Zivilgesellschaft gegen die von der Bundesregierung angeordnete Volkszählung, die viele als Eingriff in ihre Privatsphäre betrachteten. Am 15. Mai 1987 sprühten Unbekannte vor einem Heimspiel von Borussia Dortmund gegen den Hamburger SV auf den Rasen des Westfalenstadions die Forderung „Boykottiert und sabotiert die Volkszählung“. Da sich die Farbe vor Anpfiff nicht mehr entfernen ließ, ergänzte man den Aufruf in Rücksprache mit dem amtierenden Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker um die Worte „Der Bundespräsident:“ am Anfang und „nicht“ am Ende.

Perspektive ist dies die älteste Funktion von Zivilgesellschaft. Entstanden in einer Zeit, in der der Obrigkeitsstaat grundlegende Rechte nur widerwillig einräumte und sich allzu häufig über diese Rechte hinwegsetzte, war die Zivilgesellschaft als Zusammenschluss von Bürgerinnen und Bürgern die Instanz, die den Staat in seine Grenzen wies, indem sie protestierten, zivilen Ungehorsam übten oder bestimmte Aufgaben in Selbstorganisation übernahmen.

In Nordrhein-Westfalen ist der Schutz vor dem Staat sicher nicht die dominante Aufgabe, die wir heute mit Zivilgesellschaft in Verbindung bringen. Trotzdem gab es in der Geschichte NRW und auch gegenwärtig Beispiele dafür, wie sich die Zivilgesellschaft dem Staat entgegenstellt (▷ Kapitel 6). Der Widerstand gegen die Durchführung einer Volkszählung 1987 oder die Proteste 2019 gegen die Abholzung des Hambacher Forstes zwischen Köln und Aachen zur Fortsetzung der Braunkohleverstromung stehen exemplarisch für die Schutzfunktion der Zivilgesellschaft gegen den als übergriffig empfundenen Staat. Proteste gegen den Ausbau von Überwachungskameras auf öffentlichen Plätzen oder die Einführung von Studiengebühren an Hochschulen sind weitere Beispiele, wie sich die Zivilgesellschaft in NRW gegen den Staat stellt.

Entlastung des überforderten Staates

Wesentlich häufiger als die Schutzfunktion wird gegenwärtig in Nordrhein-Westfalen die Entlastungsfunktion der Zivilgesellschaft *für* den überforderten Staat diskutiert. Das Bundesland und vor allem seine Kommunen sind hoch verschuldet. Zugleich sind aber die



Die Deutsche Lebensrettungs-Gesellschaft (DLRG) bringt jedes Jahr tausenden Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen in Nordrhein-Westfalen das Schwimmen bei und übernimmt zudem die Wasserrettung an Flüssen, Badeseen und in Schwimmbädern. Damit entlastet die DLRG als zivilgesellschaftliche Organisation den Staat erheblich. In NRW verfügt die DLRG über zwei Landesverbände: Nordrhein und Westfalen. westfalen.dlrg.de und nordrhein.dlrg.de

Forderungen der Bürgerinnen und Bürger an die Leistungen des Staates in den vergangenen Jahrzehnten stark gewachsen. Die Einführung eines Rechtsanspruches auf Kinderbetreuung, steigende Ausgaben für Pflegeheime und die Gesundheitsversorgung sowie ein erheblicher Investitionsstau bei der Instandsetzung von wichtiger Infrastruktur wie Straßen und Schulen sind nur einige Beispiele dafür, wie die Ausweitung staatlicher Aufgaben in NRW die öffentliche Hand an ihre Grenzen bringt.

Deshalb wird in jüngerer Zeit verstärkt darüber debattiert, welche dieser Aufgaben der Staat unter Herausforderungen wie der Alterung der Gesellschaft und den Folgen des Klimawandels künftig überhaupt noch übernehmen und wo ihn die Zivilgesellschaft entlasten kann. Je nach politischer Position kommt man hier zu sehr verschiedenen Auffassungen: Während einige einen starken Staat und einen weiteren Ausbau staatlicher Aufgaben fordern und die Zivilgesellschaft allenfalls zur Unterstützung des Staates akzeptieren, thematisieren andere sie als wichtige Entlastungsressource des Staates. Ein aktuelles Beispiel dafür ist die Debatte um die Tafeln, die in Nordrhein-Westfalen in zahlreichen Städten entstanden sind und Bedürftige mit Lebensmitteln versorgen. Während die einen in den Tafeln einen sozialpolitischen Skandal sehen, weil sie es für die ureigene Aufgabe des Staates halten, seine Bürgerinnen und Bürger zumindest mit dem Nötigsten zu versorgen, sehen andere in ihnen eine Möglichkeit, den Staat in seiner Tätigkeit zu entlasten. Auch im Zuge der sogenannten Flüchtlingskrise wurde die Rolle der Zivilgesellschaft bei der Versorgung und Integration geflüchteter Menschen kontrovers diskutiert und auch bei der Bewältigung der Folgen der Corona-Krise wird ihr ein wichtiger Stellenwert zukommen.

Schulungsfunktion

Die Beschreibung der Zivilgesellschaft als „Schule der Demokratie“ geht auf den französischen Aristokraten Alexis de Tocqueville zurück, der im 19. Jahrhundert die jungen Vereinigten Staaten bereiste und nach den Gründen für die erfolgreiche Etablierung der Demokratie in diesem riesigen Land suchte. Seine Antwort: In den USA konnte eine Demokratie Fuß fassen, weil die Bürgerinnen und Bürger sie auch im Kleinen tagtäglich einüben. Sie treten Vereinen bei, spenden für gemeinnützige Zwecke, schließen sich Komitees an und regeln viele ihrer Angelegenheiten, vom Kirchenbau bis zum Betrieb von Waisenhäusern und Hospitälern, indem sie sich selbst organisieren. Dabei üben sie bürgerliche Tugenden

ein und lernen, wie eine Demokratie im Kleinen funktioniert. Zivilgesellschaft schult somit die Bürgerinnen und Bürger für ein demokratisches Zusammenleben.

Diese Funktion spielt auch in der heutigen Debatte um die Aufgaben der Zivilgesellschaft in Nordrhein-Westfalen eine wichtige Rolle. Wir wissen, dass Menschen, die sich bürgerschaftlich engagieren, größeres Vertrauen in ihre Mitmenschen haben, als nicht-engagierte und dieses Vertrauen gilt als Schlüsselressource einer Demokratie (⇨ Kapitel 7).⁹ Denn nur wer sich vertraut, kann auch demokratisch miteinander streiten. Viele zivilgesellschaftliche Organisationen von den Pfadfinderverbänden über das Deutsche Rote Kreuz bis hin zu den Sportvereinen und Umweltgruppen nehmen deshalb für sich zurecht in Anspruch, als Schulen der Demokratie zu wirken, von denen die gesamte Gesellschaft profitiert.



Auf der Mitgliederversammlung ihres Vereins erlernen die Mitglieder demokratische Grundkompetenzen: Sie wählen ihren Vorstand und einigen sich auf wichtige Belange. Sie sind somit „Schulen der Demokratie“ im Kleinen. Das Bild zeigt eine Abstimmung im Reit- und Fahrverein Senden, einem eingetragenen Verein mit über 450 Mitgliedern. www.rv-senden.de

Öffentlichkeitsfunktion

Eine weitere wichtige Funktion, die mit der Schulungsfunktion in engem Zusammenhang steht, ist die Herstellung von Öffentlichkeit durch die Zivilgesellschaft. Demokratische Gesellschaften sind existentiell davon abhängig, dass ihre Bürgerinnen und Bürger den privaten Bereich verlassen und sich in die Öffentlichkeit begeben, um dort ihre Probleme zu besprechen, die politisch gelöst werden sollen. Zivilgesellschaft erzeugt diese Öffentlichkeit, indem sie die Infrastruktur für das Aushandeln politischer Probleme stellt. Auf Demonstrationen ist der öffentliche Charakter von Zivilgesellschaft offenkundig. Öffentlichkeit über politische Themen wird aber auch im Kegelclub, im Schulförderverein oder im Kirchenchor hergestellt.

Deshalb wird die Öffentlichkeit in autokratischen Gesellschaften häufig durch das Regime restriktiv reglementiert, indem beispielsweise Ausgangssperren verhängt, die Presse zensiert oder zivilgesellschaftliche Organisationen verboten werden. In demokratischen Gesellschaften ist das Herstellen von Öffentlichkeit für politische Themen hingegen zentrale Funktion der Zivilgesellschaft. Eine Herausforderung dabei ist, dass derzeit vielerorts in NRW Orte der Begegnung wie etwa Gemeinschaftshäuser oder auch Dorfkneipen geschlossen werden und zugleich neue soziale Medien zu einer erheblichen Verrohung der öffentlichen Auseinandersetzung beitragen. Auch die Einschränkungen im Zuge der Corona-Pandemie haben massive Auswirkungen auf die Öffentlichkeit der Zivilgesellschaft.



Dorfgemeinschaftshäuser – wie hier im Borkener Stadtteil Weseke – sind besonders in ländlichen Regionen wichtige Bestandteile der zivilgesellschaftlichen Infrastruktur, schaffen sie doch Treffpunkte, die zur Herstellung von Öffentlichkeit essenziell sind.

Innovationsfunktion

In jüngerer Zeit ist die Zivilgesellschaft als wichtiger Innovationsmotor erkannt worden. Viele Neuerungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gehen maßgeblich auf Forderungen zivilgesellschaftlicher Akteure zurück, die zunächst von kleinen Gruppen formuliert werden und dann den Eingang in die breite politische Debatte finden. Die aktuelle Diskussion um die Verschärfung des Sexualstrafrechts im Nachgang zum Internet-Hashtag #MeToo ist ein Beispiel dafür, wie die Zivilgesellschaft gesetzliche Veränderungen initiiert, beispielsweise das Verbot des sogenannten Upskirtings (unter den Rock filmen), das in Deutschland nicht explizit unter Strafe stand. Auch die Einführung von sozialen Dienstleistungen, die häufig ihren Ursprung in der Zivilgesellschaft haben und erst später in den staatlichen Aufgabenbereich übernommen werden, sind Beispiele für die Innovationsfunktion von Zivilgesellschaft. Das Angebot, pflegebedürftige Menschen möglichst lange das Leben in der eigenen Wohnung zu ermöglichen und ihnen täglich eine warme Mahlzeit zu liefern („Essen auf Rädern“), ist ursprünglich von zivilgesellschaftlichen Initiativen entwickelt worden. Heute ist es selbstverständlicher Teil der ambulanten Pflege. Während autoritären Staaten das zivilgesellschaftliche Innovationspotential weitgehend verloren geht, ist es in Demokratien eine wichtige Ressource.

Vermittlungsfunktion

Schließlich kommt der Zivilgesellschaft eine wichtige Funktion als Vermittlerin zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und dem Staat zu. In Massengesellschaften wie Nordrhein-Westfalen mit einer Bevölkerung von fast 18 Millionen Menschen ist es für die einzelne Bürgerin nahezu unmöglich, mit ihren partikularen Interessen an den Staat heranzutreten. Mag es in der Gemeinde noch möglich sein, eine Sprechstunde der Bürgermeisterin zu besuchen oder an einer Sitzung des Stadtrats teilzunehmen, bedarf es spätestens auf der Landesebene zivilgesellschaftlicher Akteure, die die Interessen bündeln, in politische Forderungen übersetzen (aggregieren) und an die Politik herantragen (artikulieren) (▷ Ka-



Der Fahrbare Mittagstisch („Essen auf Rädern“) ist ein Beispiel für eine soziale Innovation, die in der Zivilgesellschaft entwickelt wurde und mittlerweile weite Verbreitung gefunden hat. Wohlfahrtsorganisationen – wie hier der Menüservice des Malteser Hilfsdienstes im Bistum Essen – ermöglichen so älteren Menschen, möglichst lange ein selbstbestimmtes Leben zu führen. www.menue-bringdienst.de

pitel 8). Die Zivilgesellschaft kann deshalb auch als Transmissionsriemen zwischen den Individuen und dem Staat beschrieben werden. Das umfangreiche Verbändewesen, das wir in diesem Buch porträtieren, ist Ausdruck dieser Vermittlungsfunktion. Gewerkschaften bündeln die Interessen ihrer Mitglieder, Verbände wie die Deutsche Umwelthilfe fordern die Reduktion von Feinstaub und Stickstoff in den Innenstädten und Sportverbände setzen sich für ihre Mitglieder ein und fordern den Erhalt und Ausbau von Sportstätten.

Wir können also zusammenfassen, dass die Zivilgesellschaft in modernen Demokratien sechs wichtige Funktionen ausübt: Sie schützt vor dem übergriffigen Staat, entlastet ihn aber auch, übt demokratisches Verhalten ein, stellt Öffentlichkeit her, treibt Neuerungen voran und vermittelt zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und dem Staat. Diese Funktionen werden heute in nahezu allen Debatten um die Rolle der Zivilgesellschaft thematisiert, allerdings in sehr unterschiedlicher Ausprägung. Je nachdem, welchen politischen Werten Bürgerinnen und Bürgern anhängen, werden sie ganz spezielle Vorstellungen von der Stellung der Zivilgesellschaft im demokratischen Staat verfolgen.

2.3 ZIVILGESELLSCHAFT ZWISCHEN STAAT, MARKT UND PRIVATSPHÄRE

Eine dritte Komponente gängiger Definitionen beschreibt Zivilgesellschaft schließlich als eine gesellschaftliche Sphäre, die zwischen Staat, Markt und dem Privaten angesiedelt ist. Demnach umfasst die Zivilgesellschaft die Gesamtheit der auf Freiwilligkeit basierenden Organisationen, die weder dem auf dem Gewaltmonopol gründenden Staat, noch dem der Gewinnmaximierung verschriebenen Markt, noch der auf Blutsbanden aufbauenden Privatheit zuzuordnen ist.¹⁰ Sie manifestiert sich dabei in den unterschiedlichsten institutionalisierten,

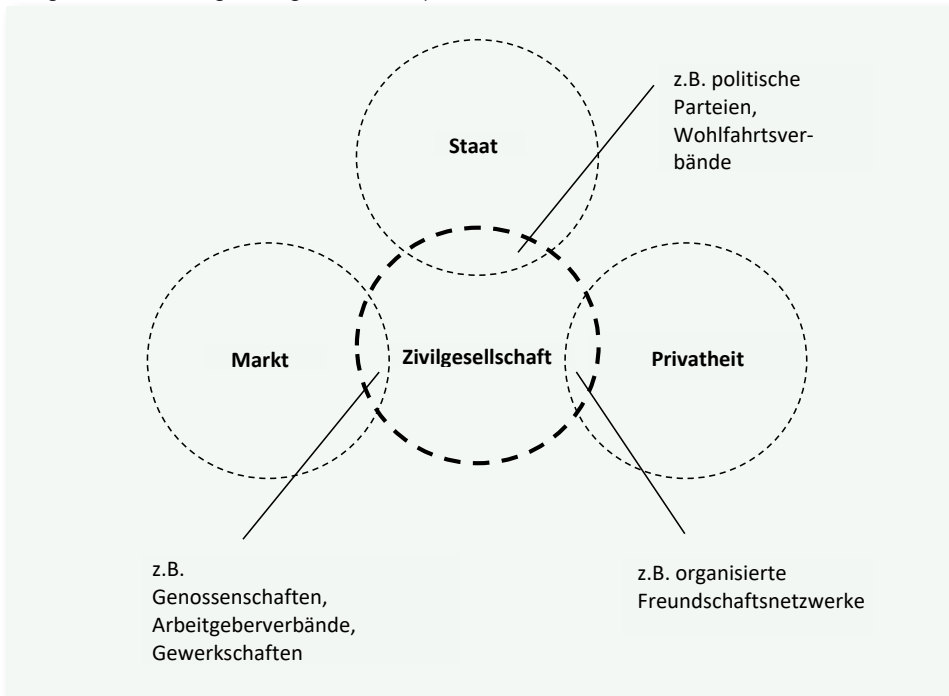
teilinstitutionalisierten und nichtinstitutionalisierten Ausprägungen: Vereine, Genossenschaften, Gewerkschaften, Standesorganisationen, Stiftungen, Menschenrechtsgruppen, Umweltverbände, aber auch Kirchengemeinden und Diskussionszirkel, Kaffeehausrunden und Stammtische, Selbsthilfeorganisationen, soziale Bewegungen und nicht formalisierte Zusammenschlüsse im öffentlichen Raum, von der lockeren Kegelrunde bis zur Facebook-Gruppe, kurzum: Sämtliche Zusammenschlüsse von Menschen, die sich durch Unabhängigkeit und Freiwilligkeit auszeichnen, sich nicht auf den Staat, Familien- oder Clanzugehörigkeit zurückführen lassen und die nicht primär eigennützige Zielsetzungen verfolgen, lassen sich in dieser Perspektive in den weiten Grenzen der Zivilgesellschaft verorten.

Die Zivilgesellschaft in Abgrenzung zu ihren Nachbarsphären

Eine solche bereichslogische Definition bereitet eine Reihe von Abgrenzungsschwierigkeiten, und es herrscht eine weitreichende Einigkeit darüber, dass Zivilgesellschaft in Demokratien notwendigerweise Überschneidungen zu den benachbarten Gesellschaftssphären aufweist. Politische Parteien etwa lassen sich in der Schnittmenge von Staat und Zivilgesellschaft verorten. Einerseits sind sie freiwillige Zusammenschlüsse von Bürgerinnen und Bürgern und die Ortsvereine der Parteien erfüllen zweifellos das Kriterium zivilgesellschaftlicher Organisationen. Andererseits sind Parteien meist durch ihre Übernahme von Mandaten in Regierung und Opposition mit der staatlichen Sphäre untrennbar verwoben.

Gewerkschaften sind ein Beispiel für Organisationen auf der Schnittstelle von Markt und Staat. Zwar zeichnen sich diese durch eine demokratische Organisationskultur, Mit-

Zivilgesellschaft in Abgrenzung zu Nachbarsphären



Quelle: eigene Darstellung.

bestimmung, Selbsthilfe und eine starke Mitgliederorientierung aus, was sie als zivilgesellschaftliche Akteure klassifiziert, allerdings sind sie ebenso dem persönlichen Profit ihrer Mitglieder verpflichtet, wenn sie mit den Arbeitgeberverbänden Tarifverträge aushandeln. Auch ist die Grenze zwischen Privatheit und Zivilgesellschaft fließend, wie etwa in Netzwerken, in denen Freunde und Familienmitglieder gleichermaßen zusammenschlossen sind.

Der Nutzen eines solchen Zugangs zum Zivilgesellschaftsbegriff ist das Sichtbarmachen eines Bereichs jenseits von Markt, Staat und Privatheit, der in modernen Demokratien eine Vielzahl von wichtigen Aufgaben übernimmt.

Allerdings ist es nicht ganz leicht, sich in dieser gewaltigen Vielfalt von unterschiedlichsten Organisationen und Zusammenschlüssen zurechtzufinden: Die riesigen Wohlfahrtsverbände Caritas und Diakonie mit mehreren Zehntausend Mitgliedern gehören in NRW genauso zur Zivilgesellschaft wie ein Kaninchenzuchtverein, eine Stiftung oder eine NGO, die sich für Menschenrechte in fernen Ländern einsetzt. Auch soziale Bewegungen, die sich nicht vorrangig aus Organisationen zusammensetzen, sind Bestandteil der Zivilgesellschaft.

Eine Möglichkeit, zivilgesellschaftliche Organisationen zu systematisieren, ist der Fokus auf die vorrangigen Ziele, die die Zusammenschlüsse mit ihren Aktivitäten verfolgen. Dabei lassen sich drei große Ziele unterscheiden: (1) Eine Reihe von zivilgesellschaftlichen Organisationen konzentriert sich auf die Vertretung von Interessen entweder ihrer Mitglieder oder von Dritten. Gewerkschaften oder Menschenrechtsgruppen sind gute Beispiele für diesen Bereich der Zivilgesellschaft. (2) Eine zweite Gruppe zivilgesellschaftlicher Organisationen sieht sich hingegen eher als Dienstleister, die bestimmte gemeinnützige Angebote für die Gesellschaft produzieren. Wohlfahrtsorganisationen aller Art stehen exemplarisch für diesen Typ. (3) Eine dritte Gruppe konzentriert sich schließlich auf die Sozialintegration ihrer Mitglieder. Das bedeutet, dass diese Organisationen ein Gemeinschaftsgefühl schaffen und ihren Mitgliedern die Möglichkeit geben, sich unter Gleichgesinnte zu begeben, die beispielsweise dasselbe Hobby ausüben. Freizeit- und Sportvereine sind gute Beispiele dafür.

In der Tabelle werden diese verschiedenen Typen zivilgesellschaftlicher Organisationen nebeneinandergestellt, indem zusätzlich die Frage aufgeworfen wird, ob die Organisationen ihre Aktivitäten für sich selbst erstellen oder ob andere Nutznießer sind. Auf diese Art und Weise lässt sich ein Raster mit sechs zivilgesellschaftlichen Organisationstypen erstellen.

Typologie zivilgesellschaftlicher Organisationen

		Ziele der Aktivität		
		Interessenvertretung	Serviceleistung	Sozialintegration
<i>Akteure = Nutznießer</i>	Interessengruppen z.B. Gewerkschaften, Bürgerinitiativen	Selbsthilfegruppen z.B. Nachbarschaftshilfe, Patientenselbsthilfe	Selbstbezogene Vereinigungen z.B. Sportvereine, Schützenvereine	
<i>Akteure ≠ Nutznießer</i>	Advokatengruppen z.B. Umwelt- und Menschenrechtsgruppen	Wohltätige Organisationen z.B. Caritas, Diakonie, AWO	Fremdbezogene Vereinigungen z.B. Fördervereine, Fair Trade Läden	

Quelle: in Anlehnung an Geißel (2009)¹¹.

In der Praxis der Zivilgesellschaft lassen sich allerdings viele Organisationen finden, die mehrere dieser Ziele verfolgen. Ein Handballverein ist sicher zuerst eine Organisation, die die Sozialintegration ihrer Mitglieder ermöglicht, die gemeinsam ihren Sport betreiben. Gleichzeitig vertritt der Verein aber auch politische Interessen, zum Beispiel im Sportausschuss der Stadt, wo über den Neubau von Turnhallen verhandelt wird. Und in gewissem Maße ist der Verein auch als Servicedienstleister tätig, etwa wenn er in den Sommerferien Jugendfreizeiten im Auftrag der Kommune organisiert.

Charakteristisch für die meisten zivilgesellschaftlichen Organisationen ist somit, dass sie ein vorrangiges Ziel verfolgen, darüber hinaus aber auch die anderen Ziele mehr oder minder stark mitbedienen. Deshalb werden zivilgesellschaftliche Organisationen häufig auch als multifunktional bezeichnet.¹²

3. FAZIT

Wie wir aufgezeigt haben, ist Zivilgesellschaft ein recht sperriger Begriff, der sich aus verschiedenen Komponenten zusammensetzt: Die normative Komponente des Zivilgesellschaftsbegriffs unterstreicht die Bedeutung von politischer und gesellschaftlicher Teilhabe und von sozialer Gerechtigkeit. In der handlungslogischen Komponente steht Zivilgesellschaft für einen bestimmten Typus menschlichen Handelns, der durch Selbstorganisation, Kompromissorientierung und Gewaltfreiheit gekennzeichnet ist. Die bereichslogische Komponente beschreibt mit Zivilgesellschaft schließlich einen Bereich zwischen Markt, Staat und Privatsphäre. Damit umfasst die Zivilgesellschaft ein sehr diverses Feld, in dem sich Organisationen und Zusammenschlüsse mit unterschiedlichsten (Rechts-)Formen, Größen, Zielen und Werten befinden. Trotz dieser Offenheit der bereichslogischen Komponente können die Grenzen der Zivilgesellschaft doch recht klar gezogen werden: Selbstorganisierte Vereinigungen, die auf Ausschluss und Ausgrenzung (wie z.B. rechtsradikale Gruppen, kriminelle Vereinigungen und Terrororganisationen) ausgerichtet sind, oder lediglich auf den eigenen Profit zielen (wie die meisten Unternehmen), können nicht mehr als zivilgesellschaftliche Akteure begriffen werden, denn hier verbietet die normative und handlungslogische Komponente des Begriffs eine Zuordnung zur Zivilgesellschaft.

In den folgenden Kapiteln greift das Buch diese Komponenten der Zivilgesellschaft auf und stellt sie am Beispiel Nordrhein-Westfalens in ihren verschiedenen Ausprägungen dar.

4. AUFBAU UND ANLIEGEN DES BUCHES

Anliegen des Buches ist es, die verschiedenen Facetten der Zivilgesellschaft in Nordrhein-Westfalen darzustellen und sie anhand zahlreicher Fallbeispiele aus dem Bundesland zu illustrieren.

Kapitel 2 gibt einen Überblick über die Wurzeln der Zivilgesellschaft in Nordrhein-Westfalen und zeichnet die wichtigsten historischen Wegmarken nach, die die Zivilgesellschaft hierzulande noch heute prägen. Zudem portraitiert es wichtige Pionierinnen und Pioniere und stellt Organisationen vor, die exemplarisch für die Entwicklung der Zivilgesellschaft stehen.

Kapitel 3 verdeutlicht, dass ein Großteil des zivilgesellschaftlichen Lebens in Nordrhein-Westfalen in Organisationen stattfindet. Es stellt deshalb mit dem Verein, der Stiftung, der Genossenschaft und der gemeinnützigen Kapitalgesellschaft die wichtigsten Rechts-

formen der Zivilgesellschaft vor, vergleicht ihre Besonderheiten und erläutert zudem, was Gemeinnützigkeit als Begriff des Steuerrechts bedeutet.

Kapitel 4 thematisiert das Engagement der Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen: In welchen Bereichen engagieren sie sich und wer sind eigentlich die Engagierten? Zudem wird in diesem Kapitel die Entwicklung des Engagements in NRW nachgezeichnet und der volkswirtschaftliche Wert des Engagements diskutiert.

Kapitel 5 betrachtet mit der Philanthropie eine Sonderform zivilgesellschaftlichen Engagements in Nordrhein-Westfalen, nämlich die Bereitstellung privater Mittel für gemeinnützige Zwecke. Untersucht wird dabei die Entwicklung der Spendenbereitschaft, die Rolle von Stiftungen in der Zivilgesellschaft und das Aufkommen der Fördervereine als „Stiftungen der kleinen Leute“.

Kapitel 6 illustriert die Entwicklung von Protest und sozialen Bewegungen als wichtige Bestandteile zivilgesellschaftlichen Handelns und fragt nach der Legitimität zivilen Ungehorsams: Wogegen und wofür protestieren die Menschen in NRW? Wie wandelt sich Protest und wie wird er kommuniziert?

Kapitel 7 fragt nach der Rolle der Zivilgesellschaft als Integrationsmotor. Es erklärt, wie in zivilgesellschaftlichen Organisationen Sozialkapital gebildet wird und warum dieser Kitt für die Gesellschaft so bedeutsam ist. Auch wird illustriert, wie zivilgesellschaftliche Organisationen mit ihrer Arbeit aktiv Integration und Chancengerechtigkeit fördern.

Kapitel 8 schaut auf die Zivilgesellschaft in NRW als Interessenvertretung für die Bürgerinnen und Bürger. Es zeichnet einen Überblick über die Verbändelandschaft des Bundeslandes, diskutiert die enge Verzahnung zwischen Staat und Zivilgesellschaft und erklärt, wie Interessenvertretung auch in der Kommune – „vor Ort“ – stattfindet.

Kapitel 9 zeigt auf, wie die Zivilgesellschaft in die Produktion staatlicher Dienste, insbesondere im Wohlfahrtssektor, eingebunden ist. Vor allem im Bereich der personenbezogenen Dienste (Pflege, Gesundheitsfürsorge, Kinder- und Jugendhilfe, soziale Dienste) ist die Zivilgesellschaft wichtiger Kooperationspartner des Staates.

Kapitel 10 diskutiert, inwiefern Spielräume der Zivilgesellschaft in den vergangenen Jahren geschrumpft sind und welchen Herausforderungen sich zivilgesellschaftliche Organisationen aktuell und in Zukunft stellen müssen.

Kapitel 11 zeigt, dass Zivilgesellschaft bei aller Leuchtkraft auch dunkle Facetten aufweist: Vereinigungen, die unzivil und undemokratisch handeln, sich populistisch äußern. Es wird dargestellt, welche Gefahren von dieser „dunklen Seite“ der Zivilgesellschaft ausgehen und wie der Staat damit umgehen kann.

Der **Ausblick** schaut auf die weitere Entwicklung der Zivilgesellschaft in NRW und formuliert Vorschläge, wie sich Bürgerinnen und Bürger, zivilgesellschaftliche Organisationen und die Politik den aktuellen Herausforderungen – vor allem jenen, die aus der Corona-Pandemie folgen – erfolgreich stellen können.

Zentrales Anliegen aller Kapitel ist es, nicht nur einen Überblick über die Zivilgesellschaft in Nordrhein-Westfalen zu zeichnen, sondern auch als Wegweiser für Bürgerinnen und Bürger zu dienen, die sich selbst zivilgesellschaftlich engagieren möchten. An zahlreichen Stellen finden sich deshalb Hinweise und Kontaktdaten zu zivilgesellschaftlichen Organisationen und Formen des bürgerschaftlichen Engagements.

Für eine aktive Zivilgesellschaft



Was sind bürgerliche Tugenden?	11
Wie gründe ich einen Verein?	57
Wie kann ich mich bürgerschaftlich engagieren?	79
Wie spende ich wirksam?	101
Wie melde ich eine Demonstration an? . . .	112
Wie kann ich eine Petition einreichen? . . .	163
Wie gründe ich einen Betriebsrat?	164
Wie finde ich eine Selbsthilfegruppe in Nordrhein-Westfalen?	184
Was kann meine Organisation tun, wenn sie mit Hasskommentaren konfrontiert wird? .	212
Erste Hilfe für Aktive in Vereinen und Verbänden: Wie kann ich Populismus und Fremdenfeindlichkeit entgegentreten? . . .	226

Nordrhein-Westfalen verfügt über eine sehr bunte und vielfältige Zivilgesellschaft, die das Zusammenleben der Menschen im Land maßgeblich prägt: Bürgerinnen und Bürger schließen sich in Vereinen aller Art zusammen, um dort Sport zu treiben, zu musizieren, den Straßenkarneval zu organisieren oder Pferde zu züchten. Sie gründen Stiftungen und Fördervereine, um Ressourcen für wohltätige Zwecke zu akquirieren. Sie schreiben Leserbriefe an ihre Zeitung, vertreten ihre Interessen in Bürgerinitiativen und nehmen an Demonstrationen und Petitionen teil. In Wohlfahrtsverbänden und vielen anderen gemeinnützigen Organisationen entlasten sie schließlich auch den Staat in seinen Aktivitäten.

Das Buch zeichnet in elf Kapiteln einen Überblick über die Facetten zivilgesellschaftlichen Lebens im größten deutschen Bundesland, illustriert die Bedeutung bürgerschaftlichen Engagements für das Zusammenleben der Menschen zwischen Rhein und Weser anhand konkreter Beispiele aus den Regionen und verdeutlicht die aktuellen Herausforderungen, vor denen die Zivilgesellschaft in Nordrhein-Westfalen steht.

Zielgruppe des Buches sind interessierte Bürgerinnen und Bürger, politische Entscheidungsträgerinnen und -träger, Beschäftigte aus Verwaltung und Medien sowie Studierende der Sozialwissenschaften.



Matthias Freise ist Privatdozent und Akademischer Oberrat am Institut für Politikwissenschaft der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster.

Andrea Walter ist Professorin für Politikwissenschaft und Soziologie an der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung NRW am Standort Dortmund.